

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**
Drs. 14/9395

zur Einführung Integrierter Leitstellen
2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Schuster, Schmitt-Bussinger u.a. SPD**
Drs. 14/9764

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung Integrierter Leitstellen
(Drs. 14/9395)
3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Schuster, Schmitt-Bussinger u.a. SPD**
Drs. 14/9765

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung Integrierter Leitstellen
(Drs. 14/9395)
4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Schuster, Schmitt-Bussinger u.a. SPD**
Drs. 14/9766

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung Integrierter Leitstellen
(Drs. 14/9395)
5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Schuster, Schmitt-Bussinger u.a. SPD**
Drs. 14/9767

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung Integrierter Leitstellen
(Drs. 14/9395)
6. **Änderungsantrag der Abgeordneten Schuster, Schmitt-Bussinger u.a. SPD**

Drs. 14/9768

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung Integrierter Leitstellen
(Drs. 14/9395)

7. **Änderungsantrag der Abgeordneten Schuster, Schmitt-Bussinger u.a. SPD**
Drs. 14/9769

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung Integrierter Leitstellen
(Drs. 14/9395)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter zu 1: **Kreuzer**
Mitberichterstatter zu 1: **Schuster**

Berichterstatter zu 2-7: **Schuster**
Mitberichterstatter zu 2-7: **Kreuzer**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie haben den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge mitberaten. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat sich in einer **2. Beratung** mit dem Gesetzentwurf nochmals und mit den Änderungsanträgen erstmals befasst. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 89. Sitzung am 05. Juni 2002 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 74. Sitzung am 27. Juni 2002 mitberaten.
Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 168. Sitzung am 03. Juli 2002 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/9764, 14/9767 und 14/9769 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/9765 und 14/9766 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 14/9768 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 75. Sitzung am 04. Juli 2002 mitberaten.
Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

6. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 96. Sitzung am 10. Juli 2002 in einer **2. Beratung** behandelt und nunmehr einstimmig Zustimmung empfohlen.
Die Änderungsanträge wurden vom federführenden Ausschuss in seiner 96. Sitzung am 10. Juli 2002 **erstmalig** beraten.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/9764, 14/9765, 14/9767 und 14/9769 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 14/9766 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 14/9768 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

7. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 72. Sitzung am 11. Juli 2002 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in § 4 als Datum des Inkraft-Tretens der "1. September 2002" eingesetzt wird.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/9764, 14/9765, 14/9767, 14/9768 und 14/9769 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 14/9766 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Kempfler
Vorsitzender